

Justizkommission

Antrag

Vom 07. November 2019

Nr. A 0091/2019

Auftrag fraktionsübergreifend: Für eine Statistik im Bereich LGBTI-feindlichen Aggressionen

Niederheblicherklärung.

Für die Justizkommission:

Präsident:	Aktuarin:
Beat Wildi	Beatrice Steinbrunner

Sprecher/in der Kommission: Josef Fluri

Der Regierungsrat hat am 19. November 2019 an seinem Antrag mit neuem Wortlaut festgehalten (siehe Rückseite).

Regierungsratsbeschluss

vom 19. November 2019

Nr. 2019/1780

Auftrag fraktionsübergreifend: Für eine Statistik im Bereich LGBTI-feindlichen Aggressionen
Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Justizkommission (JUKO) vom 7. November 2019 (A 0091/2019)

1. Erwägungen

Mit Beschluss vom 7. November 2019 beantragt die Justizkommission (JUKO) den Auftrag fraktionsübergreifend: Für eine Statistik im Bereich LGBTI-feindlichen Aggressionen entgegen dem Antrag des Regierungsrates vom 24. September 2019 (RRB Nr. 2019/1496) für nichterheblich zu erklären.

2. Beschluss

Der Regierungsrat lehnt den Antrag der Justizkommission vom 7. November 2019 ab. Er hält an seiner Stellungnahme mit dem Antrag um Erheblicherklärung mit folgendem neuem Wortlaut fest: Der Regierungsrat wird beauftragt, sich im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren der Schweiz (KKJPD) für die Errichtung einer Meldestelle auf Bundesebene einzusetzen.



Andreas Eng
Staatsschreiber